



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/290 - 16. Dezember 1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zur Bundestagsdebatte um das Kindergeldgesetz	S.1
Die Saarabmachungen in Paris	S.3
Volltreffer gegen die parlamentarische Demokratie	S.5

---

## Ungerecht und kompliziert

H.R. Warum einfach und gerecht, wenn es kompliziert und ungerecht zu machen geht, so muss man sich angesichts der 2. und 3. Lesung des sogenannten Kindergeld-Ergänzungsgesetzes fragen. Statt die von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion vorgeschlagenen Leistungsverbesserungen, die Beseitigung von Mißständen bei der Beitragserhebung und organisatorische Vereinfachungen anzustreben, hat die CDU/CSU wieder einmal gegen den Willen der SPD, der FDP und des BHE die Kompliziertheit und Ungerechtigkeit der Kindergeldgesetzgebung vergrößert.

Schon bei der Verabschiedung des ersten Kindergeldgesetzes hatte der Sprecher der SPD erklärt, dass das von der CDU/CSU im Alleingang erzwungene Gesetz das schlechteste Kindergeldgesetz Europas sei. Diese Erklärung hat jetzt erneut ihre Bestätigung erfahren. Auch durch die jetzt erfolgte Verabschiedung des Kindergeldergänzungsgesetzes ist die Kindergeldzahlung nicht besser und gerechter geworden, trotzdem die SPD eine ganze Reihe von Leistungsverbesserungen vorgeschlagen hatte. Nach dem Stand der gegenwärtigen Kindergeldgesetze erhalten nur 10 Prozent aller westdeutschen Kinder Kindergeld.

Die SPD beantragte, mit Wirkung vom 1. April 1956 allen zweiten und weiteren Kindern Kindergeld zu gewähren, um damit wenigstens die Hälfte aller Kinder in die Kindergeldgesetzgebung einzubeziehen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, obwohl der Bundesfamilienminister

sich erst kürzlich in einer Denkschrift für die Gewährung des Kindergeldes vom 2. Kind an ausgesprochen hatte. Er stand nicht zu seinem Wort.

Nach der Ablehnung dieses Antrages versuchte die SPD dann wenigstens für alle dritten Kinder ein Kindergeld ohne Einschränkung zu erreichen und die Benachteiligung der Witwen, die sich ausschliesslich der Erziehung ihrer Kinder widmen, zu beseitigen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Witwen, die Kinder zu versorgen haben, und deswegen nicht arbeiten gehen, erhalten nach wie vor nur eine geringfügige Aufstockung der an sie gezahlten Leistungen anstelle eines zusätzlichen Kindergeldes.

Die uns allen bekannten Mißstände bei der Aufbringung der Mittel für die Kindergeldzahlung konnten wegen der Haltung der CDU/CSU ebenfalls nicht beseitigt werden. Nach dem Vorschlag der SPD sollte die Kindergeldzahlung in Zukunft nicht durch Sonderumlagen bei der Wirtschaft, sondern aus Steuermitteln finanziert werden.

Nachdem auch dieser Antrag abgelehnt worden war, beantragte die SPD wenigstens die schwersten Mißstände bei der Beitragserhebung, die sich vor allem für Selbständige mit einem Jahreseinkommen unter DM 4.800.-- in der gewerblichen Wirtschaft und in der Landwirtschaft gezeigt haben, zu beseitigen. Auch diese Anträge verfielen der Ablehnung. Nach dem Willen der CDU/CSU sollen also auch die Kleinrentner, die durch geringfügigen Bodenbesitz Mitglied einer Berufsgenossenschaft sind, zur Mittelaufbringung herangezogen werden. Sie sollen in Zukunft aus ihren kümmerlichen Renten das Kindergeld finanzieren.

Auch die von der CDU/CSU eingebrachte Entschliessung, mit der die Bundesregierung beauftragt wurde, drei Monate nach dem Vorliegen des ersten Geschäftsberichtes der Familienausgleichskassen eine zusammenfassende Neufassung der drei Kindergelddgesetze vorzulegen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die deutsche Kindergelddgesetzgebung mit der Verabschiedung des Kindergeldergänzungsgesetzes unzureichend und noch unübersichtlicher geworden ist, und das zu einer Zeit, in der die CDU/CSU immer wieder von der Vereinfachung unserer gesamten Sozialgesetzgebung spricht. Es ist bedauerlich, dass trotz der von der SPD vorgeschlagenen Verbesserungen und Vereinfachungen für die Kindergelddgesetzgebung die CDU/CSU an ihrem schon damals verkündeten Wahlversprechen, sie lasse sich auch nicht durch Sachverstand von ihrer politischen Richtung abbringen, festhält. Die CDU/CSU trägt allein die Verantwortung dafür, dass der Weg für eine neue und bessere Kindergelddgesetzgebung verbaut bleibt.

Realistische Saarlösung

b.v. Paris

Um mit einer objektiven Feststellung zu beginnen: Schon bevor in diesen Tagen der französische und der deutsche Außenminister berieten, was in der Saarfrage geschehen solle und was besser vermieden werde, hatte die französische Regierung das Saarland politisch abgeschrieben. Sie vermied alles, was an Falschspiel hätte erinnern können. Sie liess wissen, dass sie bereit sei, aus dem Volksbefragungsergebnis die logische Folgerung zu ziehen. Damit war zwar das Haupthindernis für eine gemeinsame Regelung aus dem Wege geräumt, aber eine Fülle von Fragen blieb zunächst unbeantwortet.

Versucht man, die französische Auffassung in konzentrierter Form darzustellen, so ergibt sich etwa folgendes Bild: Frankreich steht mitten im Wahlkampf. Die jetzige Regierung Edgar Faure ist lediglich eine Verwaltungsbehörde, die ausserdem dadurch behindert war, dass die Wahlen zum saarländischen Landtag am 18. Dezember bevorstanden, die zum französischen Parlament jedoch erst am 2. Januar stattfinden. Unter solchen Umständen musste ihr vor allem daran liegen, Zusicherungen darüber zu erhalten, dass von Saarbrücken aus keine "vollendeten Tatsachen" geschaffen werden, die eine Regelung in Ruhe und unter Berücksichtigung aller Interessen äusserst erschweren könnten.

Wenn also nach dem 18. Dezember die dann antretende Saarregierung in einer Art von Pronunziamento das Saarland zum zehnten Bundesstaat erklären würde - nach vorheriger Verfassungshänderung oder ohne sie - so würde dies nach Pariser Auffassung der Sache nicht nutzen, wohl aber die Atmosphäre unnötig belasten. Denn, so unterstreichen Pariser Politiker, dies wäre eine politische Erklärung, die ohne das Einverständnis von Paris und Bonn abgegeben <sup>und</sup> daher dazu angetan wäre, die Juristen auf den Plan zu rufen. Die politische Eingliederung des Saarlandes sei ohnehin beschlossene Sache.

Ganz anders ist die Lage in wirtschaftlicher Hinsicht. Hier steht man vor Fragen, die innerhalb der einen Woche, die die beiden Außenminister in Paris zur Verfügung hatten, auch dann nicht einmal in Umrissen hätten gelöst werden können, wenn Außenminister Pinay sicher sein dürfte, sein Amt auch nach den Wahlen zu verwalten. Zweifellos ist es keine leichte, aber durchaus lösbare Aufgabe, eine gerechte

Währungsumstellung durchzuführen und eine Finanzentflechtung zu organisieren, die weder die eine noch die andere Seite benachteiligt. Dass dies keine Aufgabe ist, die in wenigen Wochen erledigt sein kann, ist selbstverständlich. Aber es muss auch verhütet werden, dass sich der Prozess über einen völlig unbestimmten Zeitraum hinzieht, ohne zum wirklichen Abschluss gebracht zu werden.

#### Bittere Pillen für beide Seiten

Kann man die saarländische Wirtschaft sofort als zum deutschen Zollgebiet gehörig erklären? Kann das Gebiet gleichzeitig - handelsmässig gesehen - deutsch und französisch sein? Können Frankreich als Ersatz für seine Investitionen im Saarland andere Privilegien geboten werden? Bleibt die Saarbrücker Universität bestehen? Kann sie - geistig - europäisiert werden und dadurch die Rolle einer kulturellen Brücke spielen? Das sind nur einige der zahlreichen Fragen, deren Lösung wahrscheinlich nur dann für alle Seiten befriedigend sein kann, wenn sie nicht übers Knie gebrochen, aber auch nicht über Jahre hinaus verzögert wird.

Nur bildete die Saarfrage nicht das einzige deutsch-französische Thema während der letzten Pariser Verhandlungen. Allgemeine Wirtschaftfragen waren ein anderes, aber es ist bisher nicht klar geworden, ob zwischen beiden nicht doch eine enge Verbindung besteht. Denn es wurde in Paris auch das keinesfalls neue Thema des Moselkanals behandelt, zu dem sich die beiderseitigen Fachleute bis zum 15. Februar verpflichtend äussern sollen. Die Mosel-Kanalisation stellt für etliche deutsche Wirtschaftskreise eine bittere Pille dar so wie die Rückgliederung der Saar für etliche französische Kreise. Die Frage ist, wie beide Pillen versüsst werden können. Selbstverständlich werden die zwei Themen offiziell kein Junktin darstellen, aber bis zum 15. Februar ist auch in Paris wieder eine parlamentarisch arbeitende Regierung vorhanden, die verpflichtet sein wird, das Schlucken bitterer Pillen nicht als Solovorstellung durchzuführen.

Alles spricht übrigens dafür, dass Bonn und Paris übereingekommen sind, die leidige Saarfrage so weit wie irgend möglich unter sich - und natürlich in Übereinstimmung mit der kommenden Saar-Regierung - zu lösen, ohne der Westeuropa-Union mehr als die ihr bereits zustehenden Kontrollrechte einzuräumen. Eine Einschaltung der WEU könnte die Abwicklung nur erschweren, vorausgesetzt freilich, dass ein Klima erhalten bleibt, in dem auf beiden Seiten die peinliche Pflanze Nationalismus nicht gedeihen kann.

Koalitionsfreunde unter sich

von Dr. Adolf Arndt MdB

Die ergebnislos unterbrochenen Koalitions-Verhandlungen zwischen der CDU/DP und der FDP haben sich bei der letzten Zusammenkunft zu einer "Verhör" Dr. Dehlers als eines "Angeklagten" ausgewachsen. Ihm wurde seine Mühlheimer Rede bei diesen Verhandlungen nicht weniger als sechsmal vorgelesen. Dass der Kanzler und CDU-Parteivorsitzende nunmehr offen beansprucht, auch die Richtlinien zu bestimmen, nach denen die Vorsitzenden der Koalitions-Fraktionen auszusuchen sind, ist ein Skandal, der sobald wie möglich den Bundestag beschäftigen muss. Für das Verhalten der Koalitionsfreunde unter sich ist die Stellungnahme kennzeichnend, mit der sich die von dem CDU-Bundestagsabgeordneten Massoth begründete und aus Kreisen der CDU herausgegebene "Politisch-soziale Korrespondenz" in ihrer Nr. 23/IV vom 1. Dezember 1955 auf Seite 16 unter dem Zwischentitel "Politisches Kabarett" mit Dehlers Mühlheimer Rede befasst. Es heisst dort:

"Die deutsche Wiedervereinigung, so meinte Dr. Dehler weiter - in fast wörtlicher Übereinstimmung mit den Herren Bulganin, Chruschtschow und Ulbricht - sei in erster Linie eine Angelegenheit der Deutschen und deshalb könnten die westlichen Alliierten auch keinen Anstoss daran nehmen, wenn die Deutschen über ihre wichtigste Schicksalsfrage selbst mit den Sowjets verhandelten, aber: Verhandlungen mit den Sowjets könnten nur dann Erfolg haben, wenn man hinsichtlich der Pariser Verträge zu "gewissen Variationen" bereit sei. Nimmt man dazu noch eine ähnliche Initiative des BRW-Wirtschaftsministers Dr. Friedrich Mittelhaue in Würzburg und den Vorschlag des hessischen Landesvorsitzenden August Martin Euler, aus der NATO auszutreten, die Bundesrepublik bis zum Äussersten zu bewaffnen und dann mit der Sowjetunion zu verhandeln, dann hat man in etwa das politische Kabarett fertig."

Welches Wehgeschrei würde wohl die CDU erheben, hätte sich ein Blatt der FDP erlaubt, Dr. Adenauer zusammen mit seinen Professoren Hallstein und Grewe als "politisches Kabarett" zu bezeichnen?

Nicht anders, wenn gewisse auch sachlich weitaus begründeter, ist der Ton, den "Civis", eine 'Zeitschrift für christlich-demokratische Politik', in ihrer Nr. 11/II vom November 1955 auf Seite 55 unter der Überschrift "Nochmals Oberländer" anschlägt. Dort liest man über dieses Mitglied der Bundesregierung:

"Wir hatten schon mehrfach Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass Vergangenheit und Gesinnung des Mannes Theodor Oberländer mit der Wahrnehmung eines führenden Amtes in demokratischen Staat nicht ganz zusammenpassen wollen. Eine, gelinde gesagt, unanständige Reserve gegenüber den Widerstandskämpfern und immer neue Reden, Reden über die Trefflichkeit des Arbeitsdienstes, über den moralischen Bilanzausgleich in Sachen der Nazischweine-  
rei -6-

über das "Positive am Nationalsozialismus", Reden also, wie sie etwa ein alter Nazi hält, den die Anpassung an die neue Zeit (und die Erfordernisse eines Ministeramtes in der Republik) naturgemäss doch hin und wieder einige Schwierigkeiten bereitet, das sind Merkmale, die den Politiker Oberländer kennzeichnen."

Diese Zeitschrift wird vom Bundesvorstand des Ringes christlich-demokratischer Studenten herausgegeben. Nach diesem Angriff auf ein Mitglied der Bundesregierung fragt man sich, wessen politisches Vertrauen im Bundestage eigentlich die weitere Tätigkeit des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte noch legitimieren soll. Der Bundesvorstand des Ringes christlich-demokratischer Studenten gibt darauf eine beachtliche Antwort, deren hohen politisches und moralisches Niveau anerkennenswert ist:

"Seit dem Beschluss des BHE, in die Opposition zu gehen, ja eigentlich bereits seit dem Zerfall der Fraktion des Blocks im Bundestag entfällt für die Ministerschaft Oberländers (und auch Waldemar Krafts) neben der politisch-moralischen nunmehr auch die politisch-machtmässige, die parlamentarische Legitimation. Man verweise uns nicht auf jene Verfassungskonstruktion, nach der die Minister nichts weiter als Gehilfen des Bundeskanzlers seien, die dieser nach völlig freiem Ermessen unter mehr fachlichen als politischen Gesichtspunkten ernennt und entlasse. In Wirklichkeit ist die Ministerschaft eben z.B. des Herrn Oberländer das Ergebnis eines Koalitionsvertrages mit dem BHE. Es hiesse das Kanzlerprinzip überspannen, wollte man nach Kündigung des Koalitionsvertrages durch einen Partner die, wenngleich nicht verfassungsrechtlich, so doch politisch geforderten Konsequenzen nicht ziehen. Taktiker mögen sich aus einem Bleiben Oberländers und Krafts in der Bundesregierung irgendwelche Vorteile für ihre jeweiligen eigenen Gruppen versprechen - solche Gesichtspunkte dürfen jedoch nicht zur Geltung kommen, will man den deutschen Parlamentarismus nicht lan, sax zerrütten. Praktisch haben die beiden jetzt bei der CDU/CSU-Fraktion "hospitierenden ehemaligen" Entrechteten", da man die Sieben der Ministergruppe ja nicht als Rechtsnachfolger des koalierenden BHE ansehen kann, heute die Eigenschaft von CDU-Ministern. Dagegen müssen sich aber nicht nur FDP und DF, sondern vor allem die CDU selber zur Wehr setzen.

Was verbindet uns dann mit diesem Oberländer? Es wäre eine schon ridikul zu nennende Methode, auf seine aussenpolitische Kanzlertreue oder seine fachliche Qualifikation hinzuweisen: in erster dürften sich ganze Schwadronen von bundesdienstbereiten Christlichen Demokraten kaum übertreffen lassen, und die ohnehin meist fatale Tüchtigkeit derer aus jenen Tagen kann niemals ein Äquivalent gegenüber so offen zutage tretenden Gesinnungsmängeln

16.12.1955

abgeben. Mochten politische Erfordernisse wie die bekannte "Zweidrittelmehrheit für die Verträge" als einleuchtender Grund gelten, die Vertreter eines gewissen Stimmenkombinats zu Amt und Würden zu bringen, sozusagen als ein malum necessarium, moral -theologisch gesprochen - nach dem Wegfall dieses Grundes ist das Bleiben Oberländers und Krafts ein Übel ohne Notwendigkeit, ein anstössiges Übel also. Der Kanzler dürfte mit uns darin übereinstimmen, dass sich die deutschen Demokraten nicht länger von ehemaligen Nazis regieren lassen wollen."

Das Bemerkenswerte an dieser Gegenüberstellung ist: In einer heillosen Vermischung seiner Aufgaben als Bundeskanzler und als CDU-Parteivorsitzender meint Dr. Adenauer, dass der Vorsitzende einer anderen Koalitions-Fraktion seines Vertrauens bedürfe, während er gleichzeitig jedes Verständnis dafür vermissen lässt, dass ein Mitglied der Bundesregierung auf das besondere Vertrauen der Bundestagsfraktion angewiesen sein muss, deren Vertrauen dieser Minister seine Berufung in die Bundesregierung verdankt. Diese Schimpfkampagnen der Koalitionsfreunde unter sich treffen nicht nur die Koalition, sondern sind Volltreffer gegen die parlamentarische Demokratie.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau